

Nachrichten aus dem *netz*.



DER NEWSLETTER DES EUROPÄISCHEN NETZWERKS GEGEN ARMUT

Nr. 119 | Juli - Aug | 2006

Leitartikel

Kommt die Lissabonner Strategie der sozialen Eingliederung zugute?

72 Millionen Menschen, die von Armut bedroht sind, 18 Millionen Arbeitslose und 14 Millionen arbeitende Arme in der EU werfen die folgende Frage auf: Führt die überarbeitete Lissabonner Strategie wirklich zu Beschäftigungsmaßnahmen, die den Menschen, die von Armut und sozialer Ausgrenzung betroffen sind, zugute kommen? So lautete eine der Schlüsselfragen, die das EAPN vor kurzem im Rahmen der Woche der Beschäftigung in Brüssel stellte und die auch in der neuen EAPN-Veröffentlichung "Voices from the poverty line - Jobs and unemployment in the EU" behandelt wird. Diese Veröffentlichung wird in der vorliegenden Ausgabe von Nachrichten aus dem Netz schon einmal vorgestellt.

Außerdem enthält diese Ausgabe Beiträge zu den Debatten über "Flexicurity" [die Verbindung von sozialer Sicherheit mit mehr Flexibilität] und über die aktive Eingliederung der Menschen, die am weitesten vom Arbeitsmarkt entfernt sind. Auf Grundlage dieser Debatten fordert das EAPN die EU und die Mitgliedstaaten auf, bei den EU-Beschäftigungsstrategien eine neue Richtung einzuschlagen, bevor es zu spät ist. Gefordert wird eine Strategie, die Folgendes anerkennt:

- Dass ein adäquates Mindesteinkommen, das ein Leben in Würde sicherstellen kann, wichtig ist,
- Dass der Zugang zu einer qualitativ hochwertigen Gesundheitsversorgung, zu Bildung, Ausbildung, Verkehrsmitteln, Wohnraumdienstleistungen usw. von wesentlicher Bedeutung bei der Beseitigung von Beschäftigungshindernissen ist,
- Dass in den Bereichen Arbeit und Eingliederung integrierte Ansätze nötig sind,
- Dass Empowerment, Teilhabe und Respekt von Bedeutung sind,
- Dass proaktive Maßnahmen für die Verteidigung der sozialen Rechte und für die Bekämpfung von Diskriminierung nötig sind,
- Dass „vernünftige Arbeitsplätze“ wichtig sind – Menschen in unsicheren Situationen brauchen sichere Arbeitsplätze und keine flexiblen Verträge. Veränderungen werden aber erst dann möglich, wenn es bei diesen Debatten zu einer größeren Teilhabe aller Akteure kommt, einschließlich der Menschen, die von Armut betroffen sind. Erst dann kann es zu dem Impuls kommen, der eine EU schafft, die den Bürgerinnen und Bürgern näher steht und die eher der sozialen EU entspricht, die wir wollen.

Fintan Farell
Vorsitzender des EAPN

INHALT

SCHWERPUNKT BESCHÄFTIGUNG

Vernünftige Arbeitsplätze!

- | | |
|--|---|
| ▪ Gar nicht zu alt zum Arbeiten: Die Geschichte von George | 2 |
| ▪ Neue EAPN-Veröffentlichung | 2 |
| ▪ Menschen, die von Armut betroffen sind, zu vernünftigen Arbeitsplätzen verhelfen | 3 |
| ▪ Stimmen der Armut | 4 |
| ▪ „Flexicurity“ – zwei nationale Ansätze | 5 |
| ▪ Arbeitszeit und die Vereinbarkeit von Beruf und Familie | 5 |
| ▪ „Viel mehr Flexibilität als Sicherheit“, so der EGB | 6 |
| ▪ Was ist eigentlich der EGB? | 6 |
| ▪ Wie im Vereinigten Königreich „Armut zur Vergangenheit gemacht wird“ | 7 |
| ▪ Beschäftigungs-, Arbeitslosen- und Armutsquoten in der EU | 8 |

Nachrichten aus Finnland

- | | |
|--|----|
| ▪ Das EAPN Finnland und die EU-Präsidentschaft | 9 |
| ▪ Die sozialen Prioritäten der Präsidentschaft | 9 |
| ▪ Das EAPN Finnland | 10 |
| ▪ Fakten und Zahlen | 11 |
| ▪ Impressum | 11 |

Neue EAPN-Veröffentlichung

Das EAPN ist besonders über die Auswirkungen besorgt, die ein engagierter Schwerpunkt auf Beschäftigung und Wachstum für die 72 Millionen von Armut bedrohten Menschen und die 18 Millionen Arbeitslosen in der erweiterten EU der 25 Mitgliedstaaten haben wird.

Die EAPN-Veröffentlichung "Voices from the poverty line - Jobs and unemployment in the EU", die von der EAPN Task Force Beschäftigung erstellt wurde, konzentriert sich auf die Erfahrungsberichte von Frauen und Männern. Acht nationale EAPN-Netzwerke befragten Menschen, mit denen sie regelmäßig zusammenarbeiten. Einige dieser Menschen arbeiten, andere sind arbeitslos und manche hatten noch nie einen Arbeitsplatz. Allen ist gemein, dass sie unterhalb bzw. an der Armutsgrenze leben und direkt die Auswirkung zu spüren bekommen, die die Strategien der Mitgliedstaaten zur Förderung von Beschäftigung und Wachstum haben. Diese Erfahrungsberichte bieten nur einen kleinen Überblick über die Art und Weise, wie Europa den verletzlichsten Menschen, die heutzutage von Armut und sozialer Ausgrenzung betroffen sind, zugute kommt oder eben nicht.

Die Veröffentlichung ist beim EAPN-Sekretariat erhältlich

THEMATISCHE STUDIEN

Gar nicht zu alt zum Arbeiten:

Die Geschichte von George

George ist über 50, verheiratet und hat zwei Kinder. 2003 verlor er seinen Arbeitsplatz bei einer maltesischen Schiffswerft.

Während der britischen Kolonialzeit (vom 19. Jahrhundert bis 1979) waren die Werften in Malta der wichtigste Industriezweig und auch der Hauptarbeitgeber. Im Jahr 2003 wurden die Gesellschaften Malta Drydocks und Malta Shipbuilding aufgelöst. Von der ursprünglichen Belegschaft von 2600 Arbeitnehmern bekamen 1700 einen alternativen Arbeitsplatz; 900 blieben mit einer ungewissen Zukunft zurück. Schließlich nutzten 418 von ihnen Frührentenprogramme, und der Rest wurde in einer neuen Gesellschaft aufgefangen.

Aufgrund seines Alters wurde George für die Frührente ausgewählt. Er erhielt eine Abfindung von 17 000 Euro - 1000 Euro für jedes Jahr, das er bei der Werft gearbeitet hatte. Da er bereits über 50 war, kam George für eine alternative Beschäftigung nicht in Frage. Die Entlassungskriterien des Managements empfand George als unfair.

Zu George ...

George begann 1986 für die Malta Shipbuilding zu arbeiten. Er verließ damals den kleinen Betrieb seines Vaters und dachte, einen sicheren Job fürs Leben gefunden zu haben. George eignete sich neue Fähigkeiten und Arbeitserfahrung an, vor allem in den Bereichen Isolierung, Wandverkleidung und Einbau von Gefrierschränken. Seine

Entlassung war für George ein schwerer Schock, der sein Leben vollkommen auf den Kopf stellte. George ließ sich bei der ETC (Employment and Training Corporation) als arbeitslos registrieren. Er war bereit, jeden Job anzunehmen. George war jedoch seit anderthalb Jahren ohne Arbeit und erhielt keinerlei staatliche Unterstützung. Die Arbeitslosenunterstützung wurde ihm verweigert, da er eine Garage besaß, die groß genug für zwei Autos war und auf 25 000 Euro geschätzt wurde.

Die ETC nannte George fast 90 Firmen mit freien Stellen. Er meldete sich bei diesen Firmen, wurde aber nie zum Vorstellungsgespräch eingeladen. Häufig bekam er noch nicht einmal eine Absage, um ihm mitzuteilen, dass die freie Stelle anderweitig besetzt worden war. George bewarb sich auch auf Stellenanzeigen in den Zeitungen, was jedoch ohne Erfolg blieb. Zu dieser Zeit hatte die ETC kein spezielles Programm für ältere Arbeitnehmer wie George, und so wurde ihm auch keine Weiterbildung angeboten.

"Viele hart arbeitende Leute wurden gefeuert", sagt George"

Zu alt zum Arbeiten?

Einmal forderte George einen potenziellen Arbeitgeber heraus, der ihm gesagt hatte "Sind Sie nicht

schon auf dem absteigenden Ast?". George antwortete, dass er noch in guter gesundheitlicher Verfassung sei, gerade sein Haus neu gestrichen habe und außerdem ungefähr genauso alt sei wie sein Gesprächspartner.

Die psychische Belastung für George und seine Familie war enorm. Um seine Familie

durchzubringen, musste er seine Ersparnisse und die Abfindung einsetzen. George sagt, "es fühlte sich so an, als wäre alles verloren, was ich mir in einem 40-jährigen Arbeitsleben aufgebaut hatte. Ohne die Unterstützung meiner Frau und meiner Familie hätte ich das nicht überstanden". Die Hochzeit seiner Tochter verschärfte seine finanziellen Probleme. In der maltesischen Kultur ist Heiraten eine sehr teure Angelegenheit, die hauptsächlich vom Vater der Braut getragen wird.

George arbeitet mittlerweile in Teilzeit als Wartungsmitarbeiter bei einem privaten Unternehmen. Er verdient nur 110 Euro netto pro Woche, d.h. ein Drittel seines früheren Lohns bei der Werft (der Mindestlohn für einen Vollzeitjob beträgt in Malta 144 Euro pro Woche). George ist aber sehr zufrieden. Der Teilzeitjob bietet ihm

mehr Flexibilität, und er ist nicht dem Druck einer ständigen Beaufsichtigung ausgesetzt. Eine gute Vollzeitstelle, so man ihm eine anbietet, würde er jedoch ins Auge fassen.

George sagt, "die Atmosphäre in der Familie ist viel glücklicher, und ich habe das Gefühl, dass wir als Familie durch alles, was wir gemeinsam durchgestanden haben, stärker geworden sind. Geld ist nicht alles - und ich habe ja jetzt wenigstens ein Einkommen."

Erfahrungsbericht aus der EAPN-Veröffentlichung "Voices from the poverty line - Jobs and unemployment in the EU" (siehe Rand, S. 2)

Menschen, die von Armut betroffen sind, zu vernünftigen Arbeitsplätzen verhelfen

Führt die Lissabonner Strategie wirklich zu mehr Wachstum und Beschäftigung? Im Rahmen der diesjährigen Woche der Beschäftigung erinnerte das EAPN die Teilnehmenden mit Nachdruck daran, dass Wachstum und Beschäftigung laut des im März diesen Jahres abgehaltenen Frühjahrsgipfels "dem sozialen Zusammenhalt dienen" sollen. Das EAPN konzentrierte sich ebenfalls auf Beispiele dafür, wie Lissabon durch die derzeitige Fixierung auf "Arbeit muss sich lohnen"- und Aktivierungsstrategien das Ziel verfehlt.

Laut Ronald Janssen vom Europäischen Gewerkschaftsbund (EGB) gibt es in der EU trotz des begeisterten Festhaltens auf nationaler Ebene an "Arbeit muss sich lohnen"- Maßnahmen steigende Armutsraten, und aktive Arbeitsmarktmaßnahmen verringern die Chancen, der Armut zu entkommen, da sie eher Arbeitslosenstatistiken "verschlanken", als neue Ausbildungsmöglichkeiten und Arbeitsplätze zu schaffen. Im Widerspruch zum Aktivierungskredo, das die Notwendigkeit von Leistungskürzungen betont, um Arbeitslose anzuspornen, einen Job anzunehmen, haben jüngste Studien den Beweis erbracht, dass höhere Leistungen häufig die Wahrscheinlichkeit erhöhen, dass Arbeitslose einen Job finden. Zurückzuführen ist dies auf die Tatsache, dass höhere Leistungen Arbeitslosen die Möglichkeit geben, vernünftige Arbeitsplätze zu suchen und sich weiterzubilden, was zu stärkerem Selbstvertrauen, Qualifikationen und dem Zugang zu Arbeitsplätzen führen kann.

Arbeit um jeden Preis ist keine Lösung

Das EAPN ist auch sehr über die Armutsfalle/Niedriglohnfalle besorgt. Während auf Bestrafung ausgerichtete Aktivierungsmaßnahmen weiterhin die Einkommen von Menschen, die von Armut betroffen sind, sinken lassen und ihr Sicherheitsgefühl und Wohlbefinden untergraben, sind die von den Arbeitsagenturen angebotenen Jobs nur allzu häufig gering bezahlt, unsicher oder zeitlich befristet. Angesichts der Tatsache, dass 14 % der EU-Bevölkerung als arbeitende Arme angegeben werden, wird klar, dass Arbeit um jeden Preis keine Lösung ist. Die Hast, "Flexicurity"-Ansätze einzuführen, wird diese Probleme aller Wahrscheinlichkeit nach verschlimmern, es sei denn, es werden radikale Schritte unternommen, um dem Wettbewerb bis zum Äußersten entgegenzutreten, der es den Unternehmen erleichtert, Menschen nach Belieben einzustellen und zu entlassen, ohne ein sicheres Arbeits- und Lebensumfeld für alle zu schaffen.

Lissabon scheint das Ziel zu verfehlen

Der Lissabonner Schwerpunkt, mehr Menschen in Arbeit zu bringen, kann ebenfalls erst dann Erfolg haben, wenn eine proaktive Maßnahme zur Bekämpfung der Diskriminierung am Arbeitsplatz ergriffen wird. Die vom EAPN gesammelten Erfahrungen illustrieren die Verzweiflung von älteren

Stimmen der Armen

"Arbeitgeber möchten keine Menschen mit Behinderungen einstellen, da sie wohl der Meinung sind, dass die Einarbeitung und Betreuung bei den Aufgaben länger dauert als bei "normalen" Leuten [...]. Ich habe mich schon so oft beworben und war schon bei so vielen Vorstellungsgesprächen, doch lehnen Arbeitgeber mich immer ab [...]. Das ist nicht richtig. Menschen mit Behinderungen können ihre Arbeit genauso gut erledigen wie jeder andere auch."

Rose, Irland

"Die Kürzung meiner Unterstützung bedeutet, dass ich jetzt in der letzten Woche des Monats nicht genug Geld für Essen habe [...]. Die Dusche ist kaputt, Glühbirnen sind teuer, und wegen meiner Rückenprobleme bräuchte ich dringend eine neue Matratze."

Anja, Dänemark

"Ich schäme mich, dass ich um Hilfe bitten musste und das garantierte Mindesteinkommen beziehe. Ich wollte immer arbeiten, und ich fühle mich gern nützlich."

Maria, Portugal

Arbeitnehmern, die entlassen wurden oder ganz oben auf der Entlassungsliste der Unternehmen stehen, von Einwanderinnen, die trotz ihrer Qualifikationen und Erfahrungen in schlecht bezahlte und häufig nicht angemeldete Putzjobs gedrängt werden oder auch von ganzen Roma-Familien, die sich damit abgefunden haben, dass sie niemals eine Arbeitsstelle bekommen bzw. eine Gleichbehandlung beim Zugang zu den grundlegendsten Dienstleistungen erfahren werden.

Ein adäquates Einkommen gewährleisten

Ohne einen starken Einsatz für die Grundrechte können diese Maßnahmen niemals soziale Ausgrenzung und Armut wirksam angehen. Die Sozialschutzsysteme bilden zwar den Eckstein des europäischen Sozialmodells, doch gesteht die EU ein (MISSOC-Daten), dass sie europaweit ein ungleich-mäßiges und häufig inadäquates Sicherheitsnetz bieten. Von vielen Seiten wird daher ein neuer rechtlicher Rahmen auf EU-Ebene gefordert, der ein adäquates Einkommen für ein Leben in Würde gewährleistet, so, wie während der jüngsten Beratung der Kommission vorgeschlagen.

"Es gibt viele gut ausgebildete junge Menschen ohne Arbeit. Bulgarische Arbeitgeber haben keine Achtung vor Menschen mit Qualifikationen und Fähigkeiten. Sie zahlen einfach nur den Mindestlohn."

Julian, Bulgarien

Ein Einsatz für Grundrechte, soziale Standards und soziale Praktiken bei Dienstleistungen, aber auch kreative Ansätze bei der Beschäftigung und den Wegen zur Eingliederung sind entscheidend, um die soziale Säule von Lissabon zu bestätigen und Armut bis 2010 wirklich zu beseitigen. 72 Millionen von Armut bedrohte Menschen und 18 Millionen Arbeitslose erwarten eine Antwort.

S. Jones

Lissabon
scheint das Ziel
zu verfehlen



"Flexicurity": Eine europäische und nationale Angelegenheit

Das dänische Modell

Das Beispiel Dänemark zeigt, dass eine niedrige Arbeitslosenquote, eine hohe Beschäftigung und gute Sozialdienste möglich sind, genau wie die Flexibilität auf dem Arbeitsmarkt mit gleichzeitigen Anpassungen, um Bedingungen zu ändern und Einkommenssicherheit zu gewährleisten.

Ein wichtiges Element des dänischen Arbeitsmarktsystems ist die umfassende Organisation in Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden. Etwa 80 % der Arbeitnehmer sind Gewerkschaftsmitglieder. Das Ziel der "Flexicurity" ist es, den Wiederbeschäftigungseffekt nach einer Phase der Arbeitslosigkeit zu verstärken, den Arbeitsmarkt flexibel und dynamisch zu machen, um ihn für neue Herausforderungen zu rüsten, und die Arbeitnehmer im Falle der Arbeitslosigkeit vor wirtschaftlicher Not zu bewahren.

Das dänische Modell ist das Ergebnis einer langen Tradition der Zusammenarbeit zwischen den Sozialpartnern, die von gegenseitigem Respekt und einem althergebrachten Konsens gibt es seit 100 Jahren, in denen die Arbeitgeber nach Belieben einstellen und entlassen konnten. Das System der Arbeitslosenunterstützung ist genauso alt. Aus historischer Sicht spiegelt das dänische Arbeitsmarktmodell also die Interessen der Arbeitgeber an flexiblen Einstellungs- und Entlassungsvorschriften wider und auch die Interessen der Arbeitnehmer an wirtschaftlicher Sicherheit ungeachtet der Entwicklung des Arbeitsmarktes. Hinzu kommt eine aktive Arbeitsmarktpolitik mit Bildungs-, Ausbildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen.

Das dänische Arbeitsmarktsystem ist jedoch keine Patentlösung. In der Vergangenheit hatte Dänemark zeitweilig hohe Arbeitslosenquoten und ein geringes Wachstum. Die dänische Regierung versuchte jedoch, die Wirtschaft auszubauen und zu aktivieren, mit dem Ziel, eine größere Nachfrage zu schaffen. Dies bedeutet, dass die Arbeitsmarktpolitik allein nicht ausreichend ist. Sie muss von einer aktiven Wirtschaftspolitik begleitet werden, für die "Flexicurity" vielleicht ein starker Katalysator, aber kein Motor an sich ist.

O. Meldgaard

Eine Sicht auf den französischen Ansatz

Zwei Jahrzehnte lang versuchte Frankreich, die neuen Realitäten Mobilität und Arbeitsplatzunsicherheit zu ignorieren, da sie eine Herausforderung für den gesamten Rahmen darstellten, in dem sich das französische Arbeitsrecht entwickelt hat und außerdem den sicheren Job fürs Leben noch utopischer werden ließen, d.h. das Arbeitsmodell, das von allen Franzosen angestrebt wird. Die Leugnung dieser Entwicklung führte zu der Annahme, dass Arbeitslosigkeit durch staatliche Unterstützung geheilt werden kann und zur Missachtung des Rechts auf Arbeit. Im Mittelpunkt stand der Schutz des Arbeitsrechts und bessere Bedingungen für diejenigen, die Arbeit haben. Die 35-Stunden-Woche ohne Abstriche beim Lohn ist hierfür ein Beispiel. Aus diesem Grunde begann man, von einer französischen Vorliebe für die Arbeitslosigkeit zu sprechen.

Arbeitszeit und die Vereinbarkeit von Beruf und Familien

Eine neue Untersuchung der Europäischen Stiftung für die Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen zum Thema Arbeitszeit ergab, dass Lettland, Schweden, Finnland und das Vereinigte Königreich den größten Anteil an Unternehmen haben, die flexible Arbeitszeitregelungen anbieten. Zypern, Portugal, Griechenland und Ungarn wiederum haben die wenigsten Unternehmen, die solche Regelungen offerieren. Die Ergebnisse der Untersuchung wurden im Rahmen der Woche der Beschäftigung am 17. Mai in Brüssel vorgestellt.

Die Studie kommt zu dem Schluss, dass "sowohl Unternehmen als auch Arbeitnehmer von der Einführung flexibler Arbeitszeitregelungen profitieren können". Außerdem hebt die Studie hervor, dass Arbeitnehmervertreter die Einführung oder Ausweitung flexibler Arbeitszeitregelungen als das geeignetste Mittel betrachten, wenn es um die bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie geht.

Weitere Informationen unter:
www.eurofound.eu.int/areas/worklifebalance/eswtfndings.htm

Mit der Erkenntnis, dass Frankreich im Vergleich zu seinen europäischen Nachbarn schlechter dasteht, kamen die Dinge in Bewegung, doch der Weg wird von Schwierigkeiten gepflastert sein. Ein Problem ist auf die Tatsache zurückzuführen, dass die Gewerkschaften, die von der Herkunft ihrer Mitglieder, d.h. vor allem Verwaltungsangestellte und Angestellte staatlicher Unternehmen, geprägt sind, sich weiterhin schwer tun werden, den sozialen Kompromiss im sozialen Dialog mit der anderen Seite, also den privaten Arbeitgebern, auf einen aktuellen Stand zu bringen. Von Flexicurity zu sprechen bedeutet, eine gleichzeitige Prüfung der Wirklichkeiten der Menschen, die Arbeit haben und der Arbeitslosen, der Arbeitsverträge und der Arbeitslosenunterstützung, der Tragbarkeit von Arbeitnehmerrechten und der Aus-

übung ihrer Rechte seitens der Arbeitslosen. Dadurch könnten aber die ungleichen Situationen zwischen den geschützten Arbeitnehmern und dem Rest aufgedeckt werden. Eine Herausforderung, die wohl nicht jedem schmeckt.

P. Boulte



Quelle: EK

Was ist eigentlich der EGB?

Der Europäische Gewerkschaftsbund (EGB) wurde 1973 gegründet, um die Interessen der Arbeitnehmer auf europäischer Ebene zu verteidigen und sie bei den EU-Institutionen zu vertreten. Ziel des EGB ist eine Europäische Union mit einer starken sozialen Dimension, die das Wohlergehen aller Bürgerinnen und Bürger garantiert.

Der EGB schließt derzeit 81 nationale Gewerkschaftsverbände aus 36 europäischen Ländern sowie 11 europäische Gewerkschaftsverbände zusammen, was insgesamt 60 Millionen Mitglieder ergibt. Darüber hinaus koordiniert der EGB die Aktivitäten der 39 interregionalen Gewerkschaftsräte, die die grenzüberschreitende gewerkschaftliche Zusammenarbeit organisieren.

Der EGB gehört zu den europäischen Sozialpartnern und wird von der Europäischen Union als die einzige repräsentative berufsübergreifende Gewerkschaftsorganisation auf europäischer Ebene anerkannt.

Siehe: <http://www.etuc.org>

"Viel mehr Flexibilität als Sicherheit"

Interview mit Joël Decaillon, Verbandssekretär des Europäischen Gewerkschaftsbundes (EGB).

EAPN: Unterstützt der EGB die Entwicklung von "Flexicurity"-Strategien?

Joël Decaillon: Wir haben festgestellt, dass wir viel mehr Flexibilität als Sicherheit bekommen. Es gibt die Arbeitsplatzunsicherheit, schlecht bezahlte Jobs, befristete Beschäftigungen usw. In den meisten Ländern entspricht dies nicht der früheren Arbeitspraxis. Wir müssen herausfinden, was Sicherheit sowohl für Arbeitnehmer als auch für Arbeitslose bedeutet. Was muss bei der Mobilität garantiert werden, damit Entlohnungen und Rechte, die möglicherweise über viele Jahre erarbeitet wurden, beibehalten werden und nicht über Nacht verschwinden?

Wird die Auswirkung auf die arbeitenden Armen, die in schlecht bezahlte und unsichere Beschäftigungsverhältnisse gedrängt werden, ausreichend berücksichtigt?

Joël Decaillon: Eher nicht! In Europa ist die ganze Zeit von Mobilität die Rede, wobei geografische Mobilität mit beruflicher Mobilität

vermischt wird. Es sind aber die am schlechtesten bezahlten und unqualifiziertesten Arbeitnehmer, die die größte Mobilität aufweisen, und dies innerhalb eines beschränkten Gebietes. Nach Schätzungen der Kommission gibt es in Europa heutzutage 80 Millionen gering qualifizierte und unqualifizierte Arbeitnehmer.

Das Ziel der Lissabonner Strategie wurde bei weitem nicht erreicht. Wesentlich sind neue Praktiken, die auf echten lokalen Tarifverhandlungen beruhen, und wir wollen nicht Zeuge sein, dass ein Teil der Arbeitswelt immer weiter an den Rand gedrängt wird, in einem Europa, das nur den hochqualifizierten Akademikern in den so genannten "modernen" Jobs eine Perspektive bietet.

Welche Maßnahmen sollten Ihrer Meinung nach ergriffen werden?

Joël Decaillon: Es geht nicht nur darum, Mindestbeschäftigungsstandards einzuführen und zu bewahren, die entscheidend für die Lebensqualität und den Schutz aller Arbeitnehmer sind - egal, ob sie eine Arbeit haben oder arbeitslos sind -, und einen soliden Rahmen zu schaffen, um mit Arbeitsplatzverlage-

rungen ins Ausland und Umstrukturierungen fertig zu werden. Es handelt sich um ein Problem, das bei den meisten Arbeitnehmern höchste Priorität einnimmt, und die Art und Weise, wie man es angeht, wird für die Zukunft der Arbeitsbeziehungen entscheidend sein. Das Problem besteht darin, herauszufinden, welche industriellen Aktivitäten und Dienstleistungen Europa benötigt, und wie sich dieses Europa im Rahmen der wirtschaftlichen Globalisierung entwickeln soll.

Wir halten Verhandlungen auf allen territorialen Ebenen für notwendig, die auch große Unternehmen miteinbeziehen, um die Regeln bezüglich der Information und Konsultation am Arbeitsplatz zu stärken, sodass für die betroffenen Arbeitnehmer ein wirkliches Recht auf Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt entsteht, das auf europäischer Ebene von den Strukturfonds und den Rahmenabkommen zwischen den Sozialpartnern unterstützt wird. Dieser Prozess muss auf beruflicher Aus- und Weiterbildung basieren, was auch bedeutet, dass die Sozialpartner eine führende Rolle bei der Entwicklung und Umsetzung die-

ses Prozesses haben und dass die entwickelten Fähigkeiten wirklich anerkannt werden.

Im Grunde geht es darum, die soziale Demokratie und gesellschaftliche Teilhabe zu verbessern, indem ein solider rechtlicher Rahmen geboten wird, der es Arbeitnehmern ermöglicht, größere Mobilität mit einer besseren Zusicherung ihres Sozialschutzes zu sehen.

Interview: S. Jones



Wie im Vereinigten Königreich "Armut zur Vergangenheit gemacht wird"

Eine große Plattform von Armutsbekämpfungsorganisationen hat eine Kampagne gestartet für qualitativ hochwertige Arbeitsplätze und Sozialleistungen in einer Höhe, die den Menschen ein Leben in Würde ermöglichen.

Organisationen und Netzwerke gegen Armut aus dem gesamten Vereinigten Königreich sind zusammengekommen, um ein Bündnis zu schmieden, das darauf abzielt, die Öffentlichkeit gegen Armut im Vereinigten Königreich zu mobilisieren und die Haltung der Gesellschaft positiv zu verändern. Die Kampagne möchte das Engagement aller großen politischen Parteien sicherstellen, damit die Armut im Vereinigten Königreich innerhalb einer Generation beseitigt wird.

Dieser Wille zur Zusammenarbeit ist auf den Erfolg der "Macht Armut zur Vergangenheit"-Kampagne zurückzuführen, durch die das Bewusstsein für Armut und für die entsprechenden Lösungen auf internationaler Ebene geschärft wurde. Ende letzten Jahres traten Organisationen im Rahmen einer Konferenz zusammen, die die Arbeitslosenzentren (Unemployed Workers Centres, UWCs) des Gewerkschaftsbundes TUC organisiert hatten. Seither arbeiten sie gemeinsam auf vereinbarte Ziele, eine breite politische Plattform und einen Zeitplan für Aktionen hin. Zwar wurde noch keine Einigung erzielt, doch besteht bei allen

betroffenen Akteuren der starke Wille, die Idee Wirklichkeit werden zu lassen. Zu häufig schon erschien die Armutsbekämpfungsbewegung zersplittert und nicht in der Lage, sich effektiv mit einer Stimme zu den zentralen Themen zu äußern, die aktuell diejenigen betreffen, mit denen wir uns organisieren.

Den Ansatz ausweiten

Die UWCs des Gewerkschaftsbundes bestehen seit mehr als 25 Jahren. Die Anzahl dieser Zentren ist jedoch rückläufig. Gründe dafür sind Finanzierungsprobleme und die geringe Bedeutung, die der Arbeitslosigkeit seitens der lokalen Behörden und der Finanzierungsstellen zugemessen wird. Durch diesen Rückgang mussten die verbliebenen Aktivisten ihren Ansatz ausweiten, wobei sie anerkannt haben, dass viele Fragen, denen Arbeitslose gegenüberstehen, sich mit den Anliegen anderer Gruppen und Stellen gegen Armut überschneiden. Die Höhe der Unterstützung für Arbeitslose und Arbeitsunfähige steht im Mittelpunkt der Debatte zu Fragen im Zusammenhang mit Erkrankungen (sowohl psychischer als auch körperlicher Art), Wohnraum, Schulden und Kinderarmut sowie zu vielen weiteren sozialen Problematiken. Die Peanuts4benefits-Kampagne, die 2004 gestartet wurde, brachte viele Gruppen zusammen, deren gemeinsames Ziel es ist, den Schaden festzustellen, der durch die Kür-

Die Beschäftigungs- und Arbeitslosenquoten (%)

	Beschäftigtenquote	Arbeitslosenquote
Österreich	67,8	4,5
Belgien	63,3	9
Tschech. Rep.	64,2	8,3
Zypern	69,1	5
Dänemark	75,7	5,4
Estland	63	9,2
Finnland	67,6	8,8
Frankreich	63,1	9,7
Deutschland	65	9,5
Griechenland	59,4	10,5
Ungarn	56,8	5,9
Irland	66,3	4,5
Italien	57,6	8
Lettland	62,3	9,8
Litauen	61,2	10,8
Luxemburg	61,6	4,2
Malta	54,1	7,3
Niederlande	73,1	4,6
Polen	51,7	18,8
Portugal	67,8	6,7
Slowakei	57	18
Slowenien	65,3	6
Spanien	61,1	11
Schweden	72,1	6,3
Vereinigtes Königreich	71,6	4,7
EU25	63,3	9

Nebenstehende Grafik wurde in Deutschland hinzugefügt.
Verantwortlich: Alfred Schleimer, nak

zung von Sozialleistungen entsteht. Die Effektivität dieser ersten Zusammenarbeit ermutigte die UWCs, die Fühler nach weiteren Partnerschaften auszustrecken.

Im Vereinigten Königreich haben sich die UWCs als Reaktion auf die Leistungsstreichungen um jeden Preis sowohl für qualitativ hochwertige Arbeitsplätze als auch für Sozialleistungen in einer Höhe stark gemacht, die den Menschen ein Leben in Würde ermöglichen. Durch die Zusammenarbeit mit anderen Aktivisten und Organisationen kann viel gewonnen werden.

Mobilisierung unter einem Dach

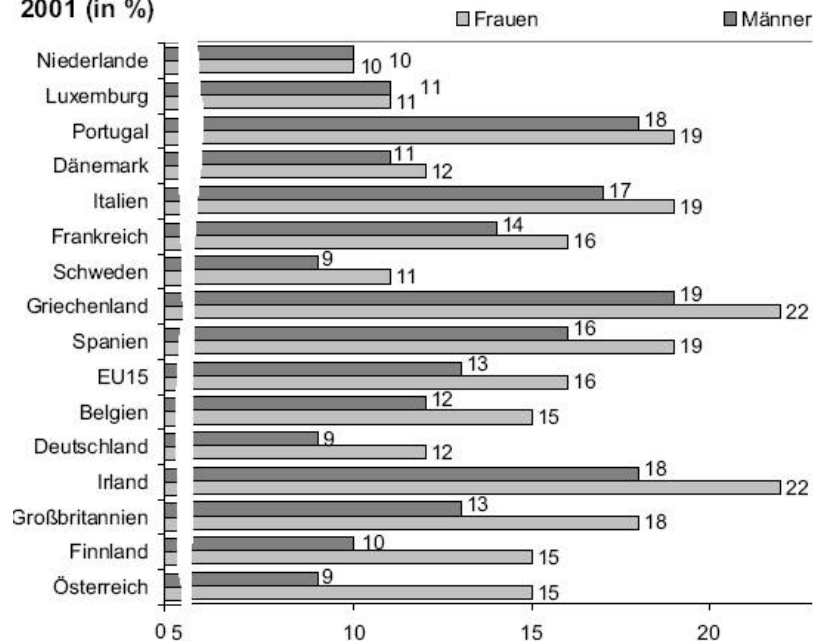
Diejenigen, die das Bündnis anstreben, beabsichtigen weder, bereits Bestehendes zu ersetzen noch die Agenden oder Spezialgebiete der einzelnen Organisationen auszusteichen; vielmehr geht es darum, allgemein Unterstützung und praktische Hilfe zu bieten. Wenn die Bemühungen gebündelt werden, wird das

Ganze größer sein als die Summe der einzelnen Teile. Die Kampagne muss ihre einzelnen Mitgliedsorganisationen stärken und nicht die öffentliche Aufmerksamkeit von ihnen ablenken.

Bei der Kampagne wird es sich um eine Mobilisierung unter einem Dach handeln. Gemeinsame Strukturen werden die Beteiligung aller Länder des Vereinigten Königreichs ermöglichen und werden auch auf allen Stufen Aktivisten, die von Armut betroffen sind, einbeziehen. Sehr wahrscheinlich wird sich die Kampagne 2008 im Vorfeld der nächsten Parlamentswahlen auf ein Aktionsjahr konzentrieren. Der Wille dafür ist gewiss vorhanden, was auch die Beteiligung aller großen Organisationen und Netzwerke beweist. Angesichts einer erneut steigenden Arbeitslosigkeit im Vereinigten Königreich und Millionen von Menschen mit oder ohne Arbeit, die von Armut betroffen sind, müssen wir die Initiative ergreifen.

C. Hampton

Armutsrisikoquoten von Frauen und Männern in den 15 EU-Staaten 2001 (in %)



Anmerkung: Die Länder werden nach Geschlechterdifferenzen geordnet.
Lesehilfe: Oben befindet sich das Land mit der niedrigsten Geschlechterdifferenz
Datenbasis: Eurostat, ECHP UDB Version November 2003; Erhebung über die Einkommensverteilung für Dänemark und Schweden (HEK), Frauen und Männer über 16 Jahren
Quelle: Europäische Kommission 2004b: 263

Das EAPN Finnland und die EU-Präsidentschaft

Das EAPN Finnland wird an vielen Aktivitäten beteiligt sein, die im Rahmen der derzeitigen finnischen EU-Präsidentschaft organisiert werden.

Das Ziel von EAPN Finnland ist es, die Öffentlichkeit für Themen der Armut und sozialen Ausgrenzung zu sensibilisieren und eine sozialere Europäische Union zu fördern, die alle Bürgerinnen und Bürger einschließt. Ein Thema, dem das Netzwerk besondere Bedeutung beimisst, ist Kinderarmut und die Armut von Familien mit Kindern. Dieses Thema wird von jüngsten Studien und Erfahrungen untermauert, die auf die schwächer werdende Position von Familien mit Kindern hinweisen. Das EAPN Finnland wird der Öffentlichkeit im Rahmen eines Seminars am 27. Oktober (parallel zu unserer Mitgliederversammlung) alle Informationen und Erfahrungen mitteilen, die es das Jahr über gesammelt hat.

**Einen nachhaltigen
Sozialschutz fördern:
Fairness, Zusammenhalt
und Teilhabe**

Die vom EAPN Finnland am 27. Oktober organisierte Mitgliederversammlung findet praktischerweise direkt nach dem fünften europäischen runden Tisch zum Thema Armut und soziale Ausgrenzung (16.-17. Oktober in Tampere) und der anschließenden NRO-Veranstaltung vom 17.-18. Oktober statt. Der runde Tisch ist für das EAPN Finnland die bedeutendste und größte Veranstaltung während der finnischen Präsidentschaft. Das EAPN Finnland war Mitglied seines Planungsausschusses und war so an seiner Vorbereitung beteiligt. Darüber hinaus schlug das EAPN Finnland wichtige Themen für das Programm und auch Redner vor und informierte und konsultierte beispielsweise auf Treffen

des EAPN-Exekutivausschusses weitere EAPN-Partner bezüglich der Fortschritte.

Der fünfte runde Tisch zum Thema Armut und soziale Ausgrenzung

Die finnische Präsidentschaft möchte einen strategischen Ansatz unterstreichen, der darauf abzielt, einen nachhaltigen Sozialschutz zu fördern, der auf Fairness, Zusammenhalt und Teilhabe basiert. Der Kampf gegen Armut und soziale Ausgrenzung erfordert das Engagement für lohnende Beschäftigung und für den Zugang aller zu sämtlichen Mitteln, Rechten und Dienstleistungen. Der fünfte runde Tisch bildet den Abschluss des Programms.

Bei der Eröffnungsdiskussion des fünften runden Tisches wird es um Armut und soziale Ausgrenzung im heutigen Europa gehen. Es sind vier Workshops zu folgenden Themen vorgesehen:

(1) Aktive Eingliederung (Aktivierung, Zugang zu Dienstleistungen und Mindesteinkommen und die Frage, wie Beschäftigungs- und Eingliederungsstrategien auf ausgewogene Weise integriert werden können); (2) Die Rolle der Sozialdienste bei der Bekämpfung der sozialen Ausgrenzung; (3) Mainstreaming der sozialen Ausgrenzung; (4) soziale Rechte und soziale Mindeststandards. Als Ergänzung zu Besuchen vor Ort wird es auch ein Seminar mit dem Titel "Armut und Medien" geben. Außerdem wird auch dem Internationalen Tag zur Beseitigung der Armut Tribut gezollt (17. Oktober). Der Abschluss "Überlegungen der NRO" wird vom EAPN präsentiert werden.

Die sozialen Prioritäten der Präsidentschaft

In der vorläufigen Agenda für seine sechsmonatige EU-Präsidentschaft präsentiert Finnland die Hauptthemen, die im Rahmen übergreifender Fragen und spezifischer EU-Politikbereiche anzugehen sind.

Was soziale Themen anbelangt, so wird sich die finnische Präsidentschaft auf Beschäftigung und Sozialpolitik sowie Chancengleichheit und Arbeitsrecht konzentrieren, mit dem Ziel, auf die Herausforderungen zu reagieren, die sich aus der Globalisierung und dem demografischen Wandel ergeben. So deutet etwa alles darauf hin, dass die allgemeinen Grundsätze der "Flexicurity" wohl direkt nach dem Ende der finnischen Präsidentschaft angenommen werden.

Finnland wird sich auch darauf konzentrieren, die Qualität des Arbeitslebens als Mechanismus für eine höhere Beschäftigungsquote und eine Steigerung der Produktivität zu verbessern. Während der finnischen Präsidentschaft wird die Kommission voraussichtlich ein Grünbuch zur Zukunft des Arbeitsrechts vorlegen, das neue Formen der Arbeit und das Gleichgewicht zwischen Flexibilität und Sicherheit behandeln wird. Auf Grundlage dieser Mitteilung möchte Finnland eine Stellungnahme des Rates zu den kurzfristigen Herausforderungen formulieren, die sich für das Arbeitsrecht ergeben.

Fortsetzung nächste Seite Kasten

EU-Sozialpolitik und nationale Modelle

Das EAPN Finnland nahm vom 6.-8. Juli am informellen Ratstreffen zu sozialen Angelegenheiten teil, auf dem Sozial-, Gesundheits- und Arbeitsminister gemeinsam mit den relevanten NRO über die Herausforderungen der Globalisierung und der sich verändernden Bevölkerungsstruktur diskutierten. Für die Arbeitsgruppen bestanden folgende Themen: Produktionssteigerung durch eine bessere Qualität des Arbeitslebens; Karriereverlängerung durch Sozialpolitik; Gesundheit und Arbeit. Jedes Thema wurde von zwei Seiten angegangen, also sowohl aus männlicher als auch aus weiblicher Sicht. Am wichtigsten war für das EAPN das Dreiparteien-Treffen mit NRO am 6. Juli. Im Oktober werden die Neuigkeiten der finnischen Präsidentschaft der EAPN-Mitgliederversammlung mitgeteilt. Das EAPN wird an der Konferenz der finnischen Präsidentschaft zum Thema "Entwicklung der EU-Sozialpolitik und der nationalen Sozialmodel-

le" teilnehmen, die für den 8.-11. November geplant ist und auf der auch die entsprechenden Binnenmarktthemen diskutiert werden.

Darüber hinaus beabsichtigt das EAPN Finnland, seine Ansichten und Bedenken auf allen weiteren Veranstaltungen zum Thema Sozial- und Gesundheitspolitik bekanntzugeben. Die Dokumente von EAPN und EAPN Finnland, aber auch die laufenden Konsultationen und diesbezüglichen Meinungsäußerungen, sind eine effiziente Möglichkeit, die Themen, die uns wichtig sind, bekannt zu machen. Darüber hinaus können wir auf diese Weise die EU, die wir wollen den Entscheidungsträgern und der allgemeinen Öffentlichkeit ins Gedächtnis zurückrufen.

Ari Saarto
Präsident EAPN Finnlands

Website der Präsidentschaft:
<http://www.eu2006.fi/>



Das EAPN Finnland

Das EAPN Finnland ist ein Partnernetzwerk von Organisationen, Vereinigungen und Aktionsgruppen. Die Ziele von EAPN Finnland sind, die Situation der Menschen, die von Armut und sozialer Ausgrenzung betroffen sind, zu verbessern und soziale Rechte, eine grundlegende Sicherheit, die Fürsorge und ein unabhängiges Leben zu fördern. Das EAPN Finnland wurde am 27. Oktober 1994 im Anschluss an ein europäisches Projekt von Sozial- und Gesundheitsorganisationen gegründet. Heutzutage besteht das Netzwerk aus 32 Organisationen mit mehreren Tausend Mitgliedern.

Strategie: Die Strategie des EAPN Finnland besteht darin, Armut durch Lobbyingarbeit und eine gemeinsame Vision für eine bessere Zukunft zu bekämpfen. Die Mitgliedsorganisationen führen auch unabhängig vom Netzwerk ihre eigenen Aktivitäten durch. Gemeinsame Diskussionen sind daher wichtig, da Organisationen, die die gleiche Vision teilen, mehr Einfluss haben. "Bottom-up" bedeutet für das EAPN Finnland, den Stimmen der Mitglieder Gehör zu verschaffen und ihnen auch

aufmerksam zuzuhören.

Arbeitsmethoden: Das EAPN Finnland hat einen Exekutivausschuss, der einmal im Monat zusammentritt. Der Prozess im Zusammenhang mit dem nationalen Aktionsplan zur sozialen Eingliederung stellt ein sehr wichtiges Instrument dar. Das EAPN Finnland hat vier Task Forces zu den folgenden Themen: Sozialpolitik, internationale Fragen, Gesundheit und Armut sowie Kinderarmut. Das Spezialthema dieses Jahres ist Kinderarmut. Im Herbst wird es parallel zur Mitgliederversammlung ein nationales Seminar zum Thema Kinderarmut geben. Außerdem werden "offene Anhörungen" von Familien mit Kindern organisiert werden: Das EAPN Finnland sammelt Erfahrungsberichte darüber, wie Krankheit und eine Behinderung Familien mit Kindern in die Armut abrutschen lassen.

Die Mitgliedorganisationen beschäftigen sich vor allem mit Themen wie Armut, öffentliche Gesundheit, Behinderungen, Alkohol- und Drogenmissbrauch, soziales Wohlergehen, Gesund-

heitspolitik, Wohlergehen der Kinder, psychische Erkrankungen und Patientenschutz. Das EAPN Finnland betrachtet die Würde des Menschen und eine gerechte Behandlung als grundlegendes Menschenrecht und möchte dazu beitragen, dass die Bürgerinnen und Bürger ihr Leben selbst in die Hand nehmen können.

Tiina Saarela
Entwicklungsreferentin EAPN
Finnland



Fakten und Zahlen zu FINNLAND

- Bevölkerung: 5,2 Millionen, 17 Einwohner pro Quadratkilometer
- Fläche: 338 000 Quadratkilometer
- Offizielle Sprachen: Finnisch und Schwedisch
- Staatsoberhaupt: Tarja Halonen, Staatspräsidentin der Republik
- EU-Beitritt: Finnland trat 1961 der Europäischen Freihandelsassoziation EFTA bei, wurde 1995 Mitglied der Europäischen Union und gehörte 1999 zu den Gründungsmitgliedern der Eurozone.
- Bruttoinlandsprodukt (BIP): 151,9 Milliarden Euro
- Inflationsrate: 0,2%
- Beschäftigungsquote: 67,6% (63% in 2005)
- Arbeitslosenquote: 8,8% (9,2% in 2005)
- Langzeitarbeitslosenquote: 2,1%
- Prozentsatz des BIP, der für Sozialschutz ausgegeben wird: 26,9%
- Beschäftigungsquote älterer Arbeitnehmer: 51,4%
- Quote der Schulabschlüsse: 84,6%
- Anteil der von Armut bedrohten Personen nach Sozialtransfers: 11%

Quellen: Finnisches Amt für Statistik, EU-Präsidenschaft, Europäische Kommission (Zahlen für 2004)

Danke und viel Glück!

Dies ist die letzte Ausgabe von Nachrichten aus dem Netz, für die Vincent Forest verantwortlich war, nachdem er zehn Jahre lang als Informationsreferent für das EAPN gearbeitet hat. Im Juli trat Vincent seine neue Stelle als Leiter des EU-Büros von Front Line an, einer internationalen Organisation zum Schutz von Menschenrechtsaktivisten. Im Namen des EAPN möchte ich die Gelegenheit nutzen, um Vincent für seine großartige Arbeit und Professionalität in den vergangenen zehn Jahren beim EAPN zu danken und wünsche ihm alles Gute für seine spannende und neue Aufgabe.

Fintan Farrell Vorsitzender des EAPN



Nachrichten aus dem Netz möchte Diskussionen zu bestimmten Themen anregen. Die geäußerten Ansichten müssen dabei nicht unbedingt denen des EAPN entsprechen. Wenn Sie uns Ihre Meinung zum Inhalt dieser Ausgabe mitteilen möchten, schicken Sie uns bitte eine E-Mail an team@eapn.skynet.be

Chefredakteur: Fintan Farrell

Verantwortl. Veröffentlichung: Fintan Farrell

EAPN, rue du Congrès, 37-41 (Bte 2) - B-1000 Brüssel
Tel.: +32 2 230 44 55 - Fax: +32 2 230 97 33 - E-Mail:
team@eapn.skynet.be - Website: www.eapn.org

Diese Veröffentlichung kommt mit Unterstützung

- der Europäischen Kommission und
- des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen, Jugend zustande.